

II-8140 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4003 N

1992-12-18

A n f r a g e

der Abg. Haupt, Mag. Schweitzer, *Apfelbeck*  
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Stunde der Wahrheit beim österreichischen  
Sonderabfall

Das kürzlich vom Parlament verabschiedete Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen und ihrer Entsorgung bringt Österreichs Sonderabfallverbrennungsanlagen in eine arge Klemme: Der größte Teil der 30.000 Tonnen an Sonderabfallexporten wird durch die Austrian Industries-Tochter ASA und die Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) erzeugt. Die Hauptabnahmeländer England, Schweden und die Bundesrepublik Deutschland haben das Übereinkommen angeblich noch nicht unterzeichnet, was eine Voraussetzung für die Exporterlaubnis ist. Der Ausweg über bilaterale Abkommen ist langwierig und wenig sinnvoll.

Anstatt nun ernsthaft in die Abfallvermeidung einzusteigen und auf internationaler Ebene für die beschleunigte Unterzeichnung des Basler Übereinkommens durch andere Staaten einzutreten, suchen staatliche und städtische Abfallverwalter, das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und sogar der Herr Bundespräsident nach einer "österreichischen Lösung" mittels Verschleppung des Inkrafttretens, vorübergehender Zwischenlager, Weiterwursteln mit bestehenden Verträgen und - im Ernstfall - Sonderabfallverbrennung ohne anfallenden Filterkuchen, das heißt mittels gesetzwidriger Ausschaltung der Rauchgaswäsche auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung, flankiert von einer Totalaufweichung des Betriebsanlagengenehmigungsrechts und der Nachbarschaftsrechte in der Gewerbeordnung.

Auf Grund des drohenden Überbordgehens aller bisherigen umweltpolitischen Grundsätze richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

1. Bekennen Sie und Ihr Ressort sich zum Inhalt des vom Parlament verabschiedeten Basler Übereinkommens ?
2. Ist Ihnen oder Ihrem Ressort bekannt, auf wessen Betreiben der Herr Bundespräsident das Basler Übereinkommen erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 unterschreiben und damit rechtskräftig machen werde ?

3. Wie verhält sich Ihr Ressort zur Aussage des EBS-Generaldirektors: "Wenn es ganz schlimm kommt, kann die Konsequenz nur sein, daß man eben keinen Filterkuchen mehr produziert. ...Aber Rauchgaswäsche produziert nun einmal Filterkuchen" und somit der drohenden Gefahr des Sonderabfallverbrennens unter Ausschaltung der Rauchgaswäsche zu Lasten der Bevölkerung und der Umwelt ?
4. Wie verhält sich Ihr Ressort zur Aussage des Wiener Umweltstadtrates: "Es muß eine Sondermülldeponie errichtet werden, sonst wird's eng ?"
5. Wo wird der vorgesehene Standort für die vom Wiener Umweltstadtrat gewünschte Sondermülldeponie sein ?
6. Welche Sonderabfallmengen sollen jährlich dorthin verbracht werden ?
7. Ist Ihnen bekannt, ob die ASA, die EBS, die Heizwerke Wien jeweils oder gemeinsam ein Zwischenlager ohne Genehmigung für diesen Sonderabfall errichten wollen ?
8. Hat Ihr Ressort bereits rechtlich geprüft, welche Folgen die ausgehandelte Totalaufweichung des Betriebsanlagengenehmigungsrechts und die Aushöhlung der Nachbarschaftsrechte in der Gewerbeordnungs-Novelle 1992 im Bereich der Abfallwirtschaft für die Umwelt und die Gesundheit haben werden ?
9. Was werden Sie unternehmen, um zumindest die Einhaltung des Luftreinhaltegesetzes und des Abfallwirtschaftsgesetzes seitens der in Punkt 7 genannten Sonderabfallentsorger zu überwachen ?
10. Was werden Sie unternehmen, um die bisherigen Abnahmeländer des österreichischen Sonderabfalls zur Unterzeichnung des Basler Abkommens zu bewegen ?
11. Was werden Sie unternehmen, damit der Grundsatz "Abfallvermeidung" statt "Abfallverwaltung" endlich in Österreich zum Durchbruch kommt ?